

Vision einer zukunftsfähigen Gesellschaft

Zur Studie von BUND und Misereor aus moraltheologischer Perspektive

Wo immer die Studie «Zukunftsfähiges Deutschland», herausgegeben vom Bund für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland BUND und dem Bischöflichen Hilfswerk Misereor¹, derzeit der Öffentlichkeit vorgestellt wird, sind die Säle brechend voll. Am Ende solcher Veranstaltungen kann man zudem die große Betroffenheit des Publikums mit den Händen greifen. Offensichtlich trifft die Studie den Nerv der Menschen. Die Zeit scheint reif, mehr als bisher wirksame Schritte gegen die bedrohliche Klimaveränderung zu unternehmen. Insofern lohnt auch von theologisch-ethischer Seite eine eingehende Beschäftigung mit diesem Werk, das vom etablierten Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie erarbeitet wurde.

Hintergrund und Entstehung

Die Studie ist nicht ohne *Vorläufer*. Bereits 1992 wurde im Auftrag von Friends of the Earth Netherlands eine analoge Untersuchung für ein zukunftsfähiges Holland veröffentlicht, sodann 1995 für die europäische Sektion von Friends of the Earth eine europaweite Untersuchung.² Auf Grundbegriffe, Leitmotive und methodische Ansätze dieser beiden Studien kommt ZD immer wieder ausdrücklich zurück. Auch von amtlich-politischer Seite liegen einige Untersuchungen der Studie voraus. Seit 1990 hat die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission «Schutz der Erdatmosphäre» eine Reihe umfangreicher Bände zu Teilaspekten des Klimaproblems veröffentlicht. ZD zeichnet sich durch gründliche Kenntnis dieser Materialien aus. Ein absolutes Novum in der einschlägigen Arbeit ist die Allianz der beiden Herausgeber. Daß hier erstmals ein renommierter Umweltverband mit einem kirchlichen Hilfswerk für Entwicklung gemeinsam für Fragestellung, Finanzierung und organisatorische Umsetzung eines so großen und bedeutenden Projektes verantwortlich zeichnet, gehört zu den bemerkenswertesten Aspekten des Vorhabens.³ Aus kirchlicher Sicht wird hier Ernst gemacht mit dem Leitgedanken des II. Vatikanischen Konzils, daß die Christen überall dort zur Zusammenarbeit mit weltlichen Organisationen gerufen sind, wo sie die gleichen sittlichen Wertvorstellungen umzusetzen suchen.⁴ Insofern handelt es sich bei der Kooperation BUND–Misereor um mehr als ein rein pragmatisches Zweckbündnis. Auf beiden Seiten geht es um die Glaubwürdigkeit des eigenen Engagements. Die zur Debatte stehenden Probleme können eben nur gelöst werden, wenn möglichst viele Gruppierungen gemeinsam sprechen und handeln. – Das scheint theoretisch schon lange ein Allgemeinplatz. Wer jedoch die in der Praxis immer noch erheblichen Berührungspunkte zwischen Kirchen und Umweltverbänden kennt,

der weiß den Stellenwert des Projektes um so mehr zu schätzen. Die Zusammenarbeit der beiden Herausgeber hat aber eine noch tiefere Begründung in der inhaltlichen Grundkonzeption der Studie. Spätestens in Rio auf dem Weltklimagipfel 1992 wurde offensichtlich, daß sich die Frage des Treibhauseffekts nicht ohne gleichzeitige Berücksichtigung der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte angehen läßt. In diesem Sinne enthält die Rio-Klimakonvention eine Reihe von Formulierungen, die auf die größere Verpflichtung der Industrienationen zu wirksamen Maßnahmen abzielen. Hier setzt ZD an: Ökologische Zukunftsfähigkeit und internationale Gerechtigkeit gehören zusammen.⁵ Die beiden Herausgeber, die traditionell je einem der beiden Aspekte verpflichtet waren, erkennen mit dem Projekt der Studie die Verflochtenheit dieser Probleme ausdrücklich an und machen sie zum Ausgangspunkt ihres weiteren Suchens und Handelns. Das ist in der Theorie so neu nicht. Seit Jahren diskutiert Misereor etwa in seinen Fastenaktionen auch ökologische Aspekte der Entwicklungsarbeit, und ebenfalls schon lange werden im BUND Fragen weltweiter Gerechtigkeit wahrgenommen. Als Grundperspektive allen (!) weiteren Handelns jedoch ist die Vernetzung von Ökologie und Gerechtigkeit nicht so eindeutig bestimmt gewesen. Das zeigen auch Proteste und Aufkündigungen der Mitgliedschaft beziehungsweise der Spendenaufträge im Gefolge der Studie, die beide Organisationen nach eigenen Aussagen hinnehmen mußten.

Grundlegende Inhalte

Worum geht es in ZD? Ein Blick in das über 450 Seiten starke Werk soll die aus ethischer Perspektive wesentlichen Gesichtspunkte herausarbeiten. Die detaillierte Besprechung naturwissenschaftlicher Aspekte soll unterbleiben. Die leitende Überlegung besteht laut *Kapitel 1* in der Frage, wie die Ziele der Rio-Konferenz von 1992 in der Bundesrepublik Deutschland wirksam in die Praxis umgesetzt werden können. Diese Umsetzung soll stets unter der doppelten Perspektive ökologischer Wirksamkeit und internationaler Gerechtigkeit stehen, wie schon ausgeführt wurde. Bislang hat Rio wenig Wirkungen gezeitigt. Die Folgekonferenz von Berlin 1995 war ein Schlag ins Wasser und offenbarte im Prinzip nur, daß die Klimakonvention noch nicht über den Status eines Stücks Papier hinausgekommen ist. Hier setzt ZD an: Über die Erstellung einer langfristigen Perspektive bis 2050 sollen mittelfristige Maximen für das Jahr 2010 erarbeitet werden.

Einige Begriffserklärungen stehen am Anfang von *Kapitel 2*: Für das mindestens seit Rio fest etablierte englische Wort «sustainability», gewöhnlich mit «Nachhaltigkeit» übersetzt, wählt die Studie das unbefangener einsetzbare Wort «Zukunftsfähigkeit». Der Begriff impliziert ein normatives Konzept: Das Naturkapital, das wir künftigen Generationen hinterlassen, darf nicht geringer sein als das, das wir selbst von unseren Vorfahren ererbten. Was unter «Naturkapital» näherhin verstanden wird,

⁵ An dieser entscheidenden Stelle geht ZD über alle bisherigen Studien und Untersuchungen hinaus, auch über die Arbeiten der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags.

¹ BUND/Misereor, Hrsg., *Zukunftsfähiges Deutschland*. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel 1996. Im folgenden wird die Studie mit dem Kürzel ZD bezeichnet.

² Englische Fassungen: Friends of the Earth Netherlands (Milieudefensie), Hrsg., *Action Plan Sustainable Netherlands*, Amsterdam 1993; Friends of the Earth Europe, Hrsg., *Towards Sustainable Europe*, Brüssel 1995.

³ Es bleibt allerdings die Frage offen, warum die zweite große Kirche Deutschlands, die EKD, an dem Projekt nicht beteiligt war, etwa über ihre eigene Entwicklungshilfeorganisation Brot für die Welt.

⁴ AA 27; GS 21 und 76.

erläutert der ersatzweise verwendete, nicht ökonomisierende Begriff des «Umweltraums». Mit J.B. Opschoor definiert die Studie diesen als «den Raum, den die Menschen in der natürlichen Umwelt benutzen können, ohne wesentliche Charakteristika nachhaltig zu beeinträchtigen».⁶ Schon in diesem begrifflichen Ansatz liegt der Brückenschlag zur Frage der Gerechtigkeit: In den Umweltraum eines Deutschen gilt es auch Beanspruchungen von Natur in den Entwicklungsländern einzurechnen. Ein Umweltraum endet nicht an nationalen Grenzen, er beginnt vielmehr am Ursprungsort der Ressourcen, die wir verbrauchen – ob das die Ölquelle in Nigeria oder die Erzlagerstätte in Lateinamerika ist –, und endet im «Endlager» von Kunststoffabfällen – wiederum allzu oft auf der Südhalbkugel.

Für den Begriff der Gerechtigkeit nimmt die Studie eine Vereinfachung vor. Betonend, daß es letztlich um «Billigkeit» im Sinne des je Angemessenen geht, wird dann aus «realpolitischen», d. h. pragmatischen Gründen «Gerechtigkeit» auf «equity», d. h. Pro-Kopf-Rechte, eingegrenzt: Jeder Mensch auf der Erde soll dieselben Mengen an Ressourcen verbrauchen dürfen.⁷ Ohne die pragmatische Effizienz dieser Vereinfachung anzuzweifeln, sei darauf hingewiesen, daß mit dieser Definition nicht wenige Probleme aufgeworfen werden, auf die unten noch eingegangen wird. Ausgehend von den vorgetragenen Grundbegriffen, erarbeitet die Studie einen eigenen Katalog an Umweltindikatoren, d. h. Kriterien, an denen man einerseits möglichst präzise und andererseits möglichst einfach den faktischen Zustand unserer Natur ablesen kann. Das Unterfangen gleicht dem Durchschiffen von Szylla und Charybdis, wird jedoch in der Studie gründlich und für den naturwissenschaftlichen Laien plausibel gelöst. Ein in ZD enthaltener Vergleich mit anderen derzeit diskutierten Indikatorkatalogen ermöglicht eine ausreichende Orientierung für den Fortgang der Darlegungen. Diese zielen natürlich nicht allein auf eine Analyse der gegenwärtigen Situation, sondern finden ihre Sinnspitze in der Formulierung von Umweltzielen. Vereinfacht kann man sie wie folgt zusammenfassen⁸:

▷ Beim Ressourcenverbrauch: Bis 2010 Ausstieg aus der Kernenergie, Reduktion des Verbrauchs der fossilen Rohstoffe für Energiegewinnung und Produktion um 25%. Ökologischer Landbau und naturnahe Waldbewirtschaftung. Reduktion der neu versiegelten Naturflächen auf 0. Bis 2050 Senkung des Ressourcenverbrauchs um 80 bis 90%.

▷ Bezüglich der Emissionen: Reduktion der meisten Gasemissionen um 80 bis 90% bereits bis 2010 (SO₂, NO_x, NH₃ usw.), des Kohlendioxids bis 2050. Keine Verwendung synthetischer Stickstoffdünger und Biozide in der Landwirtschaft ab 2010. Solche Umweltziele implizieren natürlich sittliche Wertvorstellungen. Diese offenzulegen, zu diskutieren und zu begründen ist ein explizites Ziel der Studie.⁹ Sie kristallisieren sich für ZD im wesentlichen in den bereits beschriebenen Begriffen der nachhaltigen und gerechten Sicherung der Umwelträume. Ist die ethische Grundentscheidung in diesem Sinne gesellschaftlich akzeptiert, kann die Naturwissenschaft in gewissem Maße aufzeigen, wie das erstrebte Ziel praktisch erreichbar ist. – Daß nicht alle oben genannten Umweltziele gleichermaßen zwingend notwendig sind, um die sittliche Grundoption umzusetzen, wird am Schluß des Artikels noch zu zeigen sein. Die in Kapitel 2 erarbeiteten Umweltziele lassen sich vereinfacht zusammenfassen in der griffigen, wenngleich nicht ganz exakten Formel: «Durch fünf». Der gesamte Verbrauch an Umwelt ist in Deutschland langfristig auf ein Fünftel des gegenwärtigen Verbrauchs zu reduzieren.¹⁰ In einzelnen Bereichen ist sogar die

Reduzierung auf null notwendig. Um nun diese Umweltziele in konkrete Handlungsstrategien umzusetzen, stellt die Studie in Kapitel 3 eine ausführliche Bilanz der gegenwärtigen Umweltsituation in Deutschland vor. Dabei rezipiert sie zahllose wissenschaftliche Untersuchungen der letzten Jahrzehnte. Für den Kenner der ökologischen Debatte ergeben sich zwar wenig neue Gesichtspunkte, dafür aber eine gründliche und kompakte Zusammenfassung der erfaßbaren Daten und ihre Veranschaulichung in einer Fülle von Grafiken.

Einen zusätzlichen Akzent erhalten diese Daten freilich durch die hier behandelte Frage, welche Folgen unsere Umweltzerstörung in Deutschland auf die Länder des Südens hat. Am Beispiel des Klimateffekts ist das augenfällig darzustellen: Während der Löwenanteil des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen von dem bevölkerungsmäßig kleinen Teil der Industrieländer verursacht wird, gehen die Lasten der Klimaverschiebungen vornehmlich zuungunsten der Entwicklungsländer. Wüstenbildung, Versteppung, Sturmkatastrophen und Überflutung durch das Ansteigen des Meeresspiegels – das wird zum größten Teil die schon jetzt Benachteiligten treffen. Es gilt also bei der Erstellung einer deutschen Umweltbilanz, die internationalen «ökologischen Rucksäcke» – so ein weiteres plastisches Schlüsselwort der Studie – miteinzurechnen.¹¹ Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob von uns verzehrtes Rindfleisch mit der Abholzung des tropischen Regenwaldes erkaufte wurde.

Das Herzstück: Die Leitbilder

Wie lassen sich die in den Kapiteln 2 und 3 definierten Umweltziele verwirklichen? Wie ist es möglich, das Motto «durch fünf» umzusetzen, d. h., den Gesamtverbrauch an Natur um 80% zu senken? Führt unser Weg zurück in die Steinzeit? – Zwei Begriffe sind der rote Faden für ZD, um die Möglichkeit als realistisch zu erweisen: Effizienz und Suffizienz. Effizienz meint zum einen die Verbesserung von Maschinen und Produktionsabläufen. Kraft-Wärme-Koppelung in Kraftwerken, sparsamere Automotoren, intelligentere Wiederverwertung anfallenden Mülls – das wären einige Beispiele. Ich möchte solche Effizienz als «technische Effizienz» definieren. Davon unterschieden nenne ich den zweiten Bereich von Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung die «soziale Effizienz».¹² Hier geht es um das gemeinsame Nutzen vorhandener Güter: Wenn ich mit dem Zug genauso schnell mein Ziel erreiche wie mit dem Auto, habe ich keinerlei Verzicht erbracht. Dennoch habe ich das sparsamere Verkehrsmittel gewählt und so sozial effizient gehandelt. Neben einer Effizienzsteigerung, das sagt die Studie immer wieder sehr deutlich, wird aber auch die Suffizienz Teil des Programms sein müssen. Suffizienz schließt echten Verzicht ein. Bestimmte Formen der Freizeitgestaltung z. B. haben in einem zukunftsfähigen Deutschland keinen Platz, etwa der Urlaubsflug¹³ oder der Wochenendtrip über Entfernungen jenseits der 200 Kilometer. Diese unbequeme Wahrheit wird uns nicht erspart bleiben. – Technische Effizienz, soziale Effizienz und Suffizienz könnten etwa zu gleichen Teilen zu dem Globalziel «durch fünf» beitragen. Dabei wird es in einzelnen Lebensbereichen natürlich sehr unterschiedlich sein, welche der drei Methoden die Hauptlast an der Umsetzung trägt.

Der aufmerksame Leser wird erwarten, daß in Kapitel 4 konkrete Richtlinien für zukunftsfähiges Handeln in Deutschland

⁶ ZD S. 27.

⁷ ZD S. 33f.

⁸ Vgl. ZD S. 80.

⁹ ZD S. 54.

¹⁰ Ohne das Equity-Kriterium arbeitende Studien kommen auf die Faustformel «durch zwei» oder «durch drei». Vgl. z. B. Enquete-Kommission «Schutz der Erdatmosphäre», Hrsg., Energie. Studienprogramm Bd. 3/1, Bonn 1995.

¹¹ Daß dieser Anspruch zu schier unlöslichen Schwierigkeiten führt (die umweltrelevanten Daten der Entwicklungsländer sind größtenteils noch nicht erfaßt), weiß auch die Rio-Klimakonvention, die daher auf solche Exportbilanzen verzichtet. ZD wagt diesen Schritt dennoch, s. S. 91.

¹² Man könnte sie auch als «logistische Effizienz» bezeichnen. Damit wäre allerdings mehr der organisatorische Aspekt betont. In der Studie wird hingegen mehr auf die zwischenmenschliche Relevanz dieser Art von Effizienz abgehoben.

¹³ Siehe dazu die interessante Wende-Szene 24 Ferntourismus, ZD S. 279.

erarbeitet werden. Die Studie geht aber einen anderen Weg: Statt eines Systems normativer Handlungsanweisungen entwickelt sie acht Leitbilder, die man begrifflich vielleicht am besten unter dem Begriff des tugendethischen Ansatzes einordnet. Diese Leitbilder sind das Herzstück der Studie. In ihnen liegt ein enormes paränetisches Potential, das für die Vermittlung im gesellschaftlichen Diskurs von hoher Tragweite sein kann. Sie zeigen aber auch deutlicher als normative Konzepte die Vernetzungen einzelner Perspektiven auf. Schließlich kommt in ihnen mehr als in zahlenmäßig ausgedrückten Zielvorgaben der Mensch als ganzer in den Blick. Die Humanität der Ökologie wird klarer.

Im folgenden werden die Leitbilder kurz skizziert, die jeweils ein Feld sozialer Erneuerung beschreiben. In der Studie werden sie mit insgesamt 24 Wende-Szenen illustriert, Beispielen konkreter Ansätze zur ökologischen Wende in Deutschland. Diese Wende-Szenen sind repräsentativ und gut ausgewählt. Sie zeigen, daß die Studie keine Utopie ist, und vermitteln ein realistisches Bild der Möglichkeiten.

▷ Rechtes Maß für Raum und Zeit: Dem allgemeinen Trend zum Schneller – Weiter – Mehr setzt die Studie das Stichwort «Entschleunigung» entgegen. Die Neuentdeckung der Langsamkeit und das Zeithaben füreinander sind Schritte zu mehr Menschlichkeit und Auswege aus Hektik und Rastlosigkeit. Nicht die Energiefresser Jet und ICE werden uns langfristig retten, sondern ein flächendeckendes Regionalbahnnetz und Siedlungsstrukturen mit kurzen Wegen.

▷ Zyklische Produktionsprozesse: Produkte dürfen nicht mehr auf Verschleiß hin konzipiert sein, sondern auf Langlebigkeit und Reparierbarkeit. Damit gewänne der Mittelstand mit seinen Reparaturbetrieben ein größeres Gewicht gegenüber der zunehmend automatisierten Produktion der Großkonzerne. Außerdem sind Reparaturbetriebe standortgebunden und können nicht in Billiglohnländer verlagert werden. Produkte nach dem Baukastensystem wären zudem nachrüstbar. Demonstrierbarkeit am Ende der Nutzung würde die Wiederverwertung der Rohstoffe ermöglichen. So ergäben sich weitgehend Kreisläufe für die Materialien.

▷ Gut leben, statt viel haben: Je mehr Maschinen der Mensch besitzt, desto mehr Zeit bleibt ihm, um zu leben – so meint man. Das gilt aber nur bis zu einem gewissen Punkt. Dann dreht sich das Verhältnis um: Übermäßig viel Besitz kostet auch übermäßig viel Zeit. Wo Menschen ihren Besitz teilen, gewinnen sie nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Mit dem CarSharing ist in vielen Städten ein Anfang gemacht. Das Teilen von Haushalts- und Gartengeräten (Waschmaschine, Rasenmäher, Staubsauger) könnte ein weiterer Schritt sein. Nutzen statt besitzen lautet das Motto.

▷ Lernfähige Infrastruktur: Wenn die ökologische Wende gelingt, dann brauchen wir nicht mehr soviel Infrastruktur wie bisher, denn der Verbrauch an Gütern und Energie wird niedriger sein. Die Infrastruktur (gedacht ist vor allem an Straßen und Versorgungsleitungen, aber auch an Kraftwerke u. a.) der Zukunft ist daher «schlanker», sie muß aber auch intelligenter sein: Die Sparer belohnen und die Verschwender bestrafen. Das wird vor allem über die Preise geschehen.

▷ Regeneration von Land und Landwirtschaft: Ökologischer Landbau und naturnahe Waldwirtschaft wurden schon als Eckpfeiler dieses Bereichs genannt. Hinzu kommen flankierende Maßnahmen: Landwirte müßten auch für landschaftspflegerische Maßnahmen gerecht entlohnt werden.¹⁴ Landwirtschaftliche Erzeugnisse gälte es direkt zu vermarkten, anstatt sie mit viel Aufwand EU-weit hin- und herzukarren usw.

▷ Stadt als Lebensraum: Mit vielen konkreten Beispielen wird ein Stadtbild der Zukunft entwickelt. Ökologie und Rücksicht auf die Menschen stünden bei einer Stadtplanung nach diesen Maßstäben an erster Stelle.

¹⁴ Dazu detailliert in Kapitel 5, ZD S. 314.

Anforderungen an den ökonomischen Rahmen: Ökosozial!

Während die sechs genannten Leitbilder jeweils einen konkreten Lebensbereich nennen und zukunftsfähige Entwicklungen für ihn anzeigen, stehen an den Plätzen 2 und 8 zwei Leitbilder, die eigentlich auf einer anderen Ebene liegen: Der Ebene der Ökonomie. Es scheint mir recht unglücklich, sie einfach eingeordnet in die Reihe der anderen Leitbilder zu lesen.¹⁵ Im Grunde sind sie die zwei Seiten des refrainartig wiederkehrenden «ceterum censeo» der Studie. Sie sind der Background und die grundlegende Bedingung für das Gelingen der ökologischen Wende und verdienen daher eine eigene Behandlung:

▷ Eine grüne Marktagenda: Zwar wird man vom Markt und seinen Mechanismen nicht Wunder erwarten dürfen. Dennoch führt am Umbau der marktwirtschaftlichen Strukturen in Richtung Ökologie kein Weg vorbei. Die Studie läßt keinen Zweifel daran, daß hier nur ein umfassendes Bündel an Maßnahmen wirksam sein kann. Dazu gehört der Abbau von Schattensubventionen (d. h. dem Verursacher nicht in Rechnung gestellte ökologische Schäden, z. B. das Waldsterben) ebenso wie die ökologische Ausrichtung echter Subventionen (Förderung von ökologischem Hausbau usw.). Vor allem aber brauchen wir die ökologische Steuerreform. Das World Resource Institute und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung haben in ihren Studien gezeigt, daß eine langfristig und stufenweise eingeführte ökologische Steuerreform volkswirtschaftlich gewinnbringend und auch bei einem nationalen Alleingang nicht nachteilig im internationalen Wettbewerb ist.¹⁶ Im Gegenteil, so zeigt ZD, ist bereits mittelfristig mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze in sechs- bis siebenstelliger Größenordnung zu rechnen.¹⁷

▷ Internationale Gerechtigkeit und globale Nachbarschaft: Der zweigliedrige Titel dieses letzten Leitbildes zeigt an, daß es hier nicht nur um Ökonomie geht. Dennoch liegt der Schwerpunkt der Erläuterungen so deutlich auf dem ersten Terminus, daß das Leitbild an dieser Stelle besprochen werden soll. Die Studie fordert die Aufhebung der Doppelmoral im Bereich des internationalen Handels: Statt barmherziger Spenden, halbherziger Kredite und oft kolonialistischer Projekte sollten Mechanismen und Regeln für fairen Handel aufgestellt werden. Chancengleichheit müßte zur obersten Maxime werden. Dabei wäre der schon lange geforderte Schuldenerlaß für die Ärmsten der Armen unerläßliche Voraussetzung.¹⁸

▷ Auch die Verknüpfung der beiden Anliegen wird in ZD angedacht: So wäre an die in Wirtschaftskreisen diskutierten CO₂-Zertifikate zu denken.¹⁹ Wenn diese pro Kopf verteilt würden, wären Gerechtigkeit und Ökologie mit einer Maßnahme vorangebracht. Allerdings dürfen hier die implizierten organisatorischen Schwierigkeiten bei der Umsetzung nicht unterschätzt werden. Zusammenfassend ergibt sich eine überdeutliche Forderung: Ohne den Rahmen einer ökologisch und international gerecht erneuerten Marktwirtschaft wird das Programm der Studie zu einem beträchtlichen Teil auf dem Papier stehenbleiben. Das

¹⁵ In dieser Tatsache sehe ich einen wesentlichen Grund dafür, daß Politiker aller Lager betonen, sie könnten mit der Studie gut leben. Dabei wird heute die ökologische Steuerreform von weniger Politikern propagiert als vor einigen Jahren...

¹⁶ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Hrsg., Ökosteuer – Sackgasse oder Königsweg? Hamburg-Berlin 1994. Mittlerweile hat Dänemark diesen Weg seit 1993 beschritten. Dort ist das BSP weit überdurchschnittlich gestiegen und die Arbeitslosenquote innerhalb von zwei Jahren um zwei Prozentpunkte gesunken. Vgl. DIE ZEIT 49/95, S. 36.

¹⁷ ZD S. 354.

¹⁸ Unter diesem Gesichtspunkt mutet die harsche Kritik vor allem seitens entwicklungspolitischer Basisgruppen befremdlich an. Aus ihren bisher nicht gerade ausführlich begründeten Einwänden scheint es fast so, als wenn ihr Hauptkritikpunkt an ZD dessen grundsätzliches Festhalten an marktwirtschaftlichen Prinzipien sei. So jedenfalls formulieren es die «Berliner Erklärung» etlicher Berliner Entwicklungs- und Umweltgruppen, dokumentiert in Publik-Forum vom 19.12.95, S. 12f., und ein Interview mit Ralf Berger vom Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen in Natur und Umwelt 1/96, S. 23f. Derartige Kritik wird sich des Geruchs von Fundamentalismus nicht ganz erwehren können.

¹⁹ ZD S. 403–405.

Klimawandel – handeln wir jetzt

Internationale Petition an die Regierungen und Parlamente der Industrienationen

Der Ökumenische Rat der Kirchen – unterstützt von seinen Mitgliedkirchen, katholischen Bischofskonferenzen, zahlreichen kirchlichen und nichtkirchlichen Organisationen – führt vom 1. Juni 1996 bis zum 25. Januar 1997 gleichzeitig in allen Industrienationen eine Petition zum immer dringlicher werdenden Problem des Klimawandels durch. Zwar werden die ersten Opfer des Klimawandels die kleinen Inselstaaten, z.B. im Pazifik, und die tiefliegenden Küstengebiete wie z.B. ein Großteil von Bangladesch sein, aber die Hauptverantwortung für die Erwärmung der Atmosphäre tragen die Industriestaaten. Um den Wandel in tragbaren Grenzen zu halten, muß aufgrund nicht zu bestreitender wissenschaftlicher Forschungsergebnisse der Ausstoß von Treibhausgasen, vor allem von Kohlendioxid (CO₂), drastisch gesenkt werden. Leider gelang es den Vertragsstaaten der Klimakonvention von Rio de Janeiro (1992) auf ihrer letztjährigen Konferenz in Berlin nicht, verbindliche Zielvorgaben für die Reduktion der Treibhausgase festzulegen. Deshalb soll mit der Petition die Öffentlichkeit für die Unterstützung nachhaltiger Maßnahmen mobilisiert werden.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition fordern Regierungen und Parlamente ihrer Länder auf:

▷ Das in Rio abgegebene Versprechen einzuhalten, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahre 2000 auf das Maß von 1990 zu senken.

▷ Für die Zeit nach 2000 klare politische Zielvorgaben aufzustellen und ein verpflichtendes internationales Abkommen abzuschließen, um noch weiter gehende Reduktionen der Treibhausgasemissionen zu ermöglichen. Zu den Maßnahmen gehören: effizientere Verwendung der Energie, Förderung der erneuerbaren Energien und sparsamerer Umgang mit Energie. Die Erhöhung des Energiepreises durch eine Abgabe ist unabdingbar. Der weitere Ausbau der Kernenergie darf nicht in Frage kommen.

▷ Die öffentliche Debatte über den Klimawandel soll bewußt gefördert werden, ebenso die aktive Teilnahme der Bevölkerung an der Lösung des drängenden Problems.

«Mit der Unterschrift unter diese Petition erklären wir uns ausdrücklich bereit, die Konsequenzen der erforderlichen Maßnahmen für Gesellschaft, Wirtschaft und unser persönliches Leben auf uns zu nehmen. Wir werden durch unser eigenes Verhalten dazu beitragen, daß der Energiekonsum und der Ausstoß von Treibhausgasen gesenkt werden können. Wir sind überzeugt, daß eine solche Veränderung zu einer besseren Lebensqualität führen wird.»

Die Petition wird in den einzelnen Ländern, wenn nötig, den jeweiligen konkreten politischen Erfordernissen angepaßt. Die gesammelten Unterschriften werden zunächst den betreffenden Regierungen zugestellt. Anschließend soll die Petition auf der 6. Sitzung der Ad-hoc-Gruppe für das Berlin Mandat, die für März 1997 in Bonn geplant ist, der UNO übergeben werden. Die Verantwortung für die Durchführung (Bestellung von Unterschriftenbogen usw.) in den deutschsprachigen Ländern liegt bei: Ökumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt, Postfach 7449, Bürkiweg 8, CH-3007 Bern; Dr. David Hallman, World Council of Churches, Unit III: Justice, Peace and Creation, P.O. Box 2100, CH-1211 Genf, Tel. (022) 791 65 51.

entschuldigt den einzelnen nicht für eigene Passivität, es weist aber der Politik zentrale Verantwortung zu. Sie allein kann für ökologische und faire Kostenwahrheit sorgen.

Übergänge und Kontexte

Das Kapitel 5 versucht, den ersten Schritt auf dem Weg zum angestrebten Ziel an ausgewählten Beispielen aufzuzeigen. Es geht hier um eine Konkretion für mittlere Zeiträume, d.h. etwa zehn bis zwanzig Jahre. Dabei können auch die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Feldern verdeutlicht werden.

Im Kapitel 6 geht es um größere Zusammenhänge, in die die ökologische Wende eingebettet ist: Hierzu gehören der Sozial-

bereich (Fragen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung), der Wirtschaftsbereich (noch einmal: ist die Ökosteuer wirtschaftsverträglich?), der Bereich von Politik und Gesellschaft (Verfassungsschutz für die Natur, Aufwertung des Umweltministeriums, neue Formen des Engagements der Bürger, Stellenwert internationaler Umweltpolitik) sowie die Frage des Nord-Süd-Ausgleichs (Schwerpunkt: internationale Abkommen, z.B. Montreal 1987, Rio 1992 oder das Klimabündnis von 423 europäischen Städten). Reizvolle Themen werden hier angerissen und ermutigen den Leser zum Weiterdenken.

Würdigung und Anfragen

Mit der Studie hat das Wuppertal-Institut ein tragfähiges und umfassendes Konzept für eine ökologische und international gerechte Wende vorgelegt. Daß dabei nicht alle Fragen bereits geklärt sind, sondern die konkrete Umsetzung weiterführender Überlegungen bedarf, ist den AutorInnen wie den LeserInnen gleichermaßen bewußt. Dennoch gehen von ZD Impulse aus, wie sie bisher kein vergleichbares Dokument bewirkt hat. Da die beiden Herausgeber BUND und Misereor im Land ein großes Vertrauen genießen und über ein beträchtliches Potential an Multiplikatoren verfügen, ist eine breite Wirkung der Studie zu erhoffen. Hemmend wirkt sich in diesem Sinne allerdings aus, daß die meisten angekündigten Arbeitshilfen zum Umgang mit der Studie von beiden Trägern erst im Herbst des Jahres erscheinen werden. Hier hätten LehrerInnen, Pfarrgemeinderäte, Basisgruppen oder BUND-Aktive sich wohl eine etwas weiterblickende Logistik der Herausgeber erwünscht.

Über diese organisatorische Schwäche hinaus seien aber auch einige inhaltliche Fragen aus der Sicht des Moralthologen formuliert. Diese schmälern nicht das sehr positive Gesamtbild, wollen aber zur weiteren Diskussion anregen – auch im wissenschaftlichen Bereich –, um die Wirkung und Glaubwürdigkeit der Studie noch zu erhöhen:

▷ Ein erster Kritikpunkt betrifft den Begriff der «Gerechtigkeit», wie er auf S. 33ff. erläutert wird. Für den Theologen oder Ethiker wird das Konzept der gleichen Pro-Kopf-Rechte als theoretische Basis nicht genügen. Es scheint eben doch, als ob «justice» hier auf «equity» verkürzt wäre. Das läuft aber der klassischen Begrifflichkeit des «sum cuique» klar entgegen. Insofern wäre es gut, wenn die Beziehung zwischen einer umfassenden Theorie der Gerechtigkeit und einer bewußt eingeschränkten Pragmatik (nicht: Realpolitik!) der gleichen Rechte (Verteilungsgerechtigkeit) gründlicher reflektiert würde. Jedenfalls käme damit die Komplexität der Sache mehr zum Bewußtsein.²⁰ Grenzfälle erführen eine angemessene Berücksichtigung. Außerdem würde den Kritikern, mit denen die Studie S. 34 explizit rechnet, der Wind nachhaltig aus den Segeln genommen. – Womöglich könnte in dieser Aufgabe der Ethiker dem Ökologen unter die Arme greifen.

▷ Eine zweite Frage geht dahin, ob die in Kapitel 2 formulierten Umweltziele alle die gleiche Wertigkeit haben. Meines Erachtens ist das nicht der Fall: Auch ich befürworte den mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie. Dennoch ist evident, daß dieser nicht dieselbe zwingende Notwendigkeit hat wie die Reduktion der Treibhausgasemissionen. Denn die weitere ungehemmte Emission der klimawirksamen Gase führt zwangsläufig in die Katastrophe, während die Nutzung der Kernenergie das nicht unbedingt tut. Insofern würde ich eine Hierarchie der Umweltziele in zwei bis drei verschiedene Verbindlichkeitsstufen (im Unterschied zu den ebenso notwendigen Zeitstufen!) vorschlagen.²¹ Das nähme jenen Kritikern die Hauptangriffsfläche, die

²⁰ Bei der Frage der Umweltindikatoren hat die Studie genau das übriges getan.

²¹ Auf S. 71 wird in der Studie eine solche Hierarchie sogar angedacht, und zwar für den Teilbereich der Materialentnahme. Leider wird dieser wertvolle Gedanke dann nicht explizit weiterverfolgt.

aufgrund einer anderen Einstellung zur Atomkraft womöglich die ganze Studie verwerfen.

▷ Vereinzelt haben sich in die ansonsten sehr rational-agumentative Studie erratische Splitter einer Ökorumantik verirrt. So ist zwar vollkommen einleuchtend, daß der durch mineralische Überdüngung verursachte hohe Nitratgehalt im Wasser beseitigt werden muß. Warum damit aber ein Verzicht auf jedwede mineralische Düngung notwendig wird, ist nicht ganz einsichtig.²² Interessante Projekte der letzten Jahre wie etwa die satellitengestützte und computergesteuerte Stickstoffdüngung weisen jedenfalls vergleichbare ökologische Erfolge auf.²³ Wird hier unter Umständen zu schnell der ökologische Landbau als einzige Lösung angesehen?

▷ Eine letzte bescheidene Anfrage wird der Theologie wie auch der in kirchlichen Basisgruppen Engagierte stellen wollen: Es wird in der Studie nie auf (lehr-)amtliche Äußerungen oder Studien der großen Kirchen zu den vorliegenden Themen rekurriert.²⁴ Dabei hätte gerade der Grundsatz des ökumenischen «konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» eine frappante Parallele zum Ansatz von ZD geboten. Auch unter 6.3, wo es um neue politische Formen und Allianzen von Gruppen geht, hätte man sich einen Verweis auf die Rolle der Kirchen gewünscht. Oder gehen die Gutachter davon aus, daß es diese Rolle nicht gibt?

²² ZD S. 64f.

²³ Daß bisher wenige Landwirte mit dieser Methode arbeiten, liegt weniger am Preis oder an der Handhabbarkeit, sondern eher am sprichwörtlichen Argwohn vieler Bauern dem Neuen gegenüber.

²⁴ Um genau zu sein: Im Literaturverzeichnis wird ein von der EKD herausgegebenes Buch erwähnt.

Die bleibende Herausforderung der Studie

Trotz dieser kleinen Mängel bleibt die Studie ein großer Wurf. Es wird viel davon abhängen, ob ihre Verbreitung und Umsetzung gelingt. Politiker sind gefordert, die nötigen Rahmenbedingungen zur Umsetzung schnell zu schaffen. Besonders an das «ceterum censeo» der ökologischen Steuerreform und der internationalen Gerechtigkeit sei nochmals erinnert. Dabei wird Misereor seine direkten Kontakte in die Entwicklungsländer unterstützend einbringen und so Garant für den Blick über den Tellerrand hinaus sein. Von Kirche und BUND wird es abhängen, ob und wieviel Breitenwirkung die Studie entfalten kann. Zügige Multiplikatoren-schulung hat oberste Priorität. Nur so können örtliche und regionale Gruppen ihrerseits die Umsetzung der ökologischen Wende in der Kommunalpolitik kritisch und engagiert begleiten. Daß dabei die Kirchenleitungen auch vor der eigenen Haustüre kehren müssen, ergibt sich von selbst. Schließlich bleibt die Aufgabe des (Moral-)Theologen: In den Leitbildern bietet die Studie eine Unzahl kostbarer sittlicher Orientierungen. Es müßte eine Lust sein, diese theologisch-biblisch zu entschlüsseln. Oder kommen uns Begriffe wie Langsamkeit, Zeitnehmen, Geduld, menschliche Begegnung, miteinander teilen, Beziehung zu seiner Heimat, Lebensraum... so fremd vor? Gerade in der Entwicklung der Leitbilder bietet sich ein Potential, das uns zur Wiederentdeckung bewährter christlicher Werte und Tugenden anspornen könnte. Dann könnte ZD in der Tat «zur grünen Bibel der Jahrtausendwende werden».²⁵

Michael Rosenberger, Würzburg

²⁵ DER SPIEGEL, zitiert nach dem Text auf der Umschlagrückseite der Studie.